

Die „Weltmacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und in durch die Expedition. Neue Straußenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportierer zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Heft 20 Pf. Postzusatz 10 Pf. Nr. 7847.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Abbestellungsgebühr beträgt für die ständige Postzeitung oder deren Ersatz 20 Pfennige für Druck- und Versammlungs-Kosten 10 Pfennige. Beilage für die ständige Postzeitung 10 Pfennige. Zusätzliche 10 Pfennige für die ständige Postzeitung 10 Pfennige. Zusätzliche 10 Pfennige für die ständige Postzeitung 10 Pfennige.

Telephon Nr. 451.

Nr. 19

Donnerstag den 23. Januar 1902

13. Jahrgang

Gegen den Bundesrath.

Im Reichstag setzte Mittwoch die 2. Lesung des Stats sehr lebhaft ein. Beim Etat des Reichskanzlers schlug die Diskussion erregte Wellen. Graf Bülow mußte nicht weniger als fünfmal das Wort nehmen, bevor ihm sein Gehalt bewilligt wurde. Den Anstoß zu der ganzen Debatte gab der jüngst erst in das Haus eingetretene Dr. Barth. In recht geschickter Weise benutzte der Führer der freisinnigen Vereinigung die Gelegenheit, um dem Reichskanzler zu Erklärungen über die Stellung des Bundesrathes zu den Initiativanträgen des Reichstages auf erhöhten Schutz der Wahlfreiheit, auf Bewilligung von Diäten, auf Ausdehnung des Rechtes der freien Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten herauszulocken. Graf Bülow verschanzte sich in seinen Antworten ganz hinter formalen Einwänden. Auf eine Abänderung des Wahlgesetzes einzugehen, lehnte er in seiner ersten Rede glatt ab, später drohte er verheißt mit der Möglichkeit einer Verschlechterung des Wahlrechts, wenn überhaupt die Frage des Wahlrechts im Bundesrath angeschnitten würde. Zu der Unverantwortlichkeit des Ministerpräsidenten gefellte sich also nach Graf Bülow auch noch die Unverantwortlichkeit der Bundesrathsmglieder. Was bleibt denn schließlich noch übrig? Für das Zentrum trat Kaplan Dasbach sehr energisch für den Schutz des Wahlgeheimnisses und für Gewährung von Diäten ein. Genosse Singer drückte seine Freude darüber aus, daß durch diese Debatte dem Reichskanzler Auge um Auge die Ansichten des Reichstages über die Sicherung des Wahlgeheimnisses und Diätengewährung ausgesprochen werden könne. Mit großer Lebendigkeit wies unser Redner auf die Wahlbeeinträchtigungen hin, die sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokraten richteten. Auch der nationalliberale Abgeordnete Waffermann sah in dem Fernbleiben des Bundesrathes bei Initiativ-Verhandlungen den Ausdruck einer gewissen Mißachtung. Herr Herr Hertel sprang dem Reichskanzler bei, der ihm dann auch sofort seinen gehorhamsten Dank dafür aussprach. Herr v. Levetzow bat schließlich, doch wenigstens die Ausdehnung der freien Eisenbahnfahrt zu gewähren. Nach dem Etat des Reichskanzlers kam der Etat des Reichsamtes des Innern heran. Herr Hise hielt seine bekannte sozialpolitische Rede. Er verlangte Beschränkungen für gesundheitschädliche Fabrikbetriebe, einen Kinder- und Bauhandwerkerzuschuß. Der freisinnige Abg. Müller-Weinungen beirach die den Frauen so ungünstige Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens.

hatten, für die Verathung des Zolltarifgesetzes nur noch eine Viertelstunde Zeit. Der Antrag Singer wurde abgelehnt. Die Vertreter der Regierung beriefen sich auf die den Sachverständigen gewährte Zusicherung der Geheimhaltung ihrer Auslagen. Angenommen wurde ein Antrag Brömel, der Kommission die Namen der vernommenen Sachverständigen und die Punkte, über welche sie geöhrt wurden, mitzutheilen. Von den 14 Punkten des § 5 des Zolltarifgesetzes, welcher die vom Zoll befreiten Gegenstände aufzöhrt, wurde am Mittwoch nur einer, Absatz 9, erledigt. Nr. 10, welche von der Zollfreiheit der Musterarten und Muster in Abschnitten und Proben handelt, wurde unter Annahme einer vom Abgeordneten Gottheim beantragten Einschaltung beraten aber noch nicht bis zur Abstimmung gefördert.

Für die Stimmung unter den Agrariern bezeichnend ist es, daß die „Kreuzzeitung“ es für erforderlich erachtet, ihre Gefinnungsgenossen aufzufordern, noch nicht zu verzweifeln, so unersreulich und verstimmend wirkend die bisherigen Erfahrungen in der Kommission auch seien. Geduld werden die Herren Junfer und Mucker schon lernen müssen.

Politische Uebersicht.

Schutz vor Schulkenten! Aus Halberstadt, den 16. Januar, wird der „Magd. Volkszigt.“ geschrieben:

„Heute fand vor dem hiesigen Landgericht eine interessante Gerichtsverhandlung statt. Der frühere Polizeiergeant Johann Reiß aus Bochum, ein junger Mann von 26 Jahren, war am 23. November 1900 in Döbersleben als Polizist auf Probezeit angenommen und am 1. Februar 1901 als Polizeiergeant angestellt worden. Am 13. Januar 1901 hielt der Ableiten-Klub zu Döbersleben ein Tanzvergünigen ab. In der Nähe des Lokals hielt sich Reiß, als das Vergünigen vorbei war, in Zivilkleidung, durch einen falschen Hollbart verkleidet, auf. Mehrere junge Leute, unter ihnen der Arbeiter Heinrich Regel, kamen aus dem Lokal und unterhielten sich etwas laut. Da trat Reiß auf Regel zu und hielt demselben mit seinem Stod über die Nase. Mit dem Rufe: „Dito!“ das ist der Bruder des Geschlagenen — „komm, sie schlagen mich!“ ließ Regel davon und Reiß hinter ihm her. An der Wredischen Zuderfabrik in der Berlinerstraße holte Reiß den laufenden Regel wieder ein, verhaftete ihn und nahm ihn mit zur Wache.

Während Regel tief, schloß Reiß aus einem Revolver, welcher mit fünf Schüssen geladen war, bis 4 Schuß hinter Regel her und traf den Verletzten in die untere Wade des linken Beines.

Wenn Schießen viel er: „Stehen Sie, oder ich schieße Sie nieder!“ Reiß ist deshalb wegen vorsätzlicher Körperverletzung angeklagt.

Der Angeklagte giebt an, die Instruktion über sein Verhalten als Polizeiergeant sei ihm noch nicht mitgetheilt gewesen. Es sei ihm einmal so nebenbei gesagt worden, er solle gegen die Bagabunden scharf auftreten. Er habe in gutem Glauben gehandelt.

Durch die Zeugenaussagen wird letzteres als unwahr widerlegt. Der Staatsanwalt führt aus, daß der Angeklagte weder fahrlässig gehandelt, noch sich in Nothwehr befunden habe. Er habe absichtlich auf einen Menschen geschossen. Er beantrage, den Angeklagten der vorsätzlichen Körperverletzung für schuldig zu erklären und mit Rücksicht darauf, daß Reiß am 13. Januar noch nicht bestätigter Beamter war, denselben zu 2 Monaten Gefängnis zu verurtheilen.

Das Gericht hat aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig sei. Am allerwenigsten hatte er das Recht, von dem Revolver Gebrauch zu machen. Reiß habe die Absicht gehabt, Regel zu verlegen. Von Nothwehr könne keine Rede sein. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte noch nicht als Beamter bestätigt war, auch noch nicht vorbestraft ist, wird Reiß zu 100 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle für je 4 Mt. 1 Tag Gefängnis, verurtheilt.“

100 Mark Geldstrafe! Das ist ein mildes Urtheil.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat am Dienstag beschlossen, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Briege für den Wahlkreis Dittweiler-St. Wendel zu beanstandeln. Das ist auch die Stumm'sche Gegend.

Im Abgeordnetenhanse wurde am Mittwoch das neue Provinzialabotationsgesetz in erster Lesung beraten und einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Die Grundzüge des Entwurfes, der die den Provinzialabotanten jährlich vom Staate überzweifelnden Reuter um jährlich 10 Millionen Mark erhöhen will, wurden von den Rednern aller Fraktionen sympathisch begrüßt.

Die Berliner Stadtverordneten-Wahlen reihen nicht ab. Bei der Stadtverordneten-Erkwahl in der ersten Abtheilung des 13. Kommunalwahlbezirks wurde der liberale Kandidat, Kaufmann Karl Wolff, mit sämmtlichen 25 abgegebenen Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. In der zweiten Abtheilung des 5. Wahlbezirks wurde bei der Erkwahl der Kandidat der Liberalen Handelsrichter Deutsch, mit 491 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt; auf den antisemitischen Kandidaten, Rechtsanwalt Ulrich, fielen 193 Stimmen.

Mehrere Arbeitslosen-Vereinigungen, die anlässlich der letzten Debatten im Reichstag ein erhöhtes aktuelles Interesse beanspruchten, haben am letzten Sonntag stattgefunden. Nach dem vorläufig zusammengestellten Gesamtergebnis der Zählung in Dresden und den Vororten Kötzau, Cotta, Stetsch, Yeubitz-Neufra, Kais, Widten, Raditz und Trachau sind dort 9300 in den hauptächlichsten Industrieorten des Pleanenschen Grundes 870, zusammen also 10 170 Arbeitslose vorhanden. In einzelnen Orten, z. B. in Kötzau, betrug die Zahl der Arbeitslosen 10 Prozent der erwerbsthätigen Bevölkerung!

Die Arbeitslosigkeit in Frankfurt a. M. In der Stadtverordneten-Versammlung theilte Oberbürgermeister Wides mit, daß der Magistrat ein Schreiben an das Präsidium des Reichstages gerichtet habe, in welchem die in den letzten Sitzungen des Reichstages gemachten Angaben über die Nothstandsarbeiten in Frankfurt richtiggestellt werden. Aus dieser Richtigstellung geht namentlich hervor, daß schon im September 772,000 Mark für vorweggenommene Arbeiten flüssig gemacht wurden, daß die Stadt jetzt 466 Arbeiter mehr als sonst beschäftigt und daß sich zu den eingerichteten Nothstandsarbeiten bei weitem nicht so viel Leute gemeldet haben, als die Stadt zuläßt; etwa 450 Arbeitsplätze sind noch frei. — Seit wann?

Gegen die Bildungswuth bringt die „Kreuzzeitung“ einen wüthigen Artikel, aus dem wir mit vielem Vergnügen erfahren, daß der Fortschritt der Bildung nur der Sozialdemokratie nützt.

Graf Bücker hat im deutschen Antisemitentbund in Berlin eine neue Hezrede gehalten. Er erklärte nach dem Bericht der „Staatsztg.“: „Eine Nation, die sich 600,000 Juden und 2 Millionen Sozialisten gefallen läßt, die ist nicht mehr lebensfähig, sondern muß über kurz oder lang zusammenbrechen in einem Sturze sondergleichen.“ Nach Ansicht des Grafen Bücker aber steht Deutschland „vor einer Hochfluth der antisemitischen Bewegung“. In diesem Jahr müsse die Schlacht gegen das Judenthum zu Ende geführt werden, „losse es, was es wolle“. Es werde ein gewaltiger Sturm entstehen und das Deutsche Reich in den Grundfesten erschüttern. — Schrecklich.

Bei den Zöllnern

gleichen die Verathungen langsam weiter. Die Kommission verbrauchte am Mittwoch 2 1/2 Stunden zur Erledigung des Antrags Singer auf Mittheilung der Protokolle des wirtschaftlichen Ausschusses und hatte, nachdem acht Redner der Konserverativen gegen den Antrag gesprochen

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Telmann.

(Nachdruck verboten.)

„Wir würden“, fuhr Innocenz fort, „wenn wir es nicht thäten, sondern einzig an uns und daran dächten, unser junges Glück zu bergen, derneist dieses Glückes nicht mehr froh werden und die Augen nicht zu Deuem emporschlagen können, wie uns mit jedem ihrer Blitze fragen würden: „Und wo wartest denn Ihr in der Stunde der großen, gemeinshaftlichen Gefahr?“ Nein, mein Weib, wir wollen Menschen ein unter Menschen. Unser Weg führt nicht nach Wälschland hinüber, sondern dort hinab, vor wo ich kam, und wohin wir gehören als Kinder des Bodens, dem heute Gefahr und Untergang droht. Komm' mit mir!“

Sie weinte leise vor sich hin, sah ihn aber mit ihren thränenüberströmten Augen doch stolz und glücklich an. „Ich möchte es“, murmelte sie, „ich fürchtete es, daß Du so entscheiden würdest, und ich bin bereit!“

Eine Stunde danach waren sie auf dem Wege nach Moosramm hinab. Als sie um Mittag nach mancherlei Abtheilungen das Dorf erreichten, kamen sie mitten in eine granenvolle Zerstörung hinein. Die Luft war jetzt völlig von den Schlammfluthen überhimmelt, das Wasser war bis zu den Giebeln der Häuser gestiegen. Die hölzernen Nothbrücken, die man errichtet hatte, hielten dem Anprall der Wasser nur noch nothdürftig Widerstand, einzelne Häuten, darunter die der alten Wurz, waren bereits zusammengebrochen, anderen drohte jeden Augenblick der Einsturz, zumal die von den Bergen niederstrahlenden, immer höher anschwellenden Bäche die felsstüden und Baumstämme, welche sie mit herabtrugen, in wildem Angestüm, gleich Sturmbüchsen, gegen die Hausmauern warfen, die raschend darunter zu bersten begannen.

Zahlloser Hausstath schwamm auf den trübren, dickflüssigen Wassern umher, hier und da blökte kläglich das Vieh in den Ställen, das instinktiv die Todesgefahr erkannte, die ihm drohte. Der Kirchenzettel war bereits überschwemmt, die Grabkreuze waren umgeworfen, die Gräfte überfluthet, man mußte gewärtig sein, daß die nie rastende, strömende, vor nichts zurückweichende Welle nun auch bald die Gänge der Todten aus den vermoderten Etagen spülen und aus ihrer dunklen Tiefe erbarmungslos an das Licht des Tages herauftragen werde.

Zu der Kirche selber, zu der höher und höher die schlammigen Wasser mit gierigen Jungen heranzustiegen, hockten zusammengebrüht und mühsam die Dorfbewohner. Unablässig bewegten sich ihre Lippen, unablässig lächelten die Perle des Rosenkränzes durch ihre Finger.

Wer auf ihre trübren Gesichter, welche das graue Witterlicht des Tages, das durch die hohen, bleigrauen, runderhöhen Fenster rieselte, noch farblos erscheinen ließ, lag nichts von fremdiger Zu-

versicht oder frommer Ergebung; vielmehr prägte sich ein starrer, dumpfer Troz darin aus, und manchmal, wenn der Wind mit heulendem Geächz um die Kirche fuhr, oder ein glückender Tor der herankommenden Fluthen vernachlässigt ward, schien ihnen ingrinnig und angstvoll zugleich verzerrten Lippen eher ein Fluch als ein Gebet sich zu entringen.

Manche standen auch draußen auf dem Kirchenplatz unter ihren gewaltigen, rothen und braunen Regenschirmen und blickten mit trostlos-humorem Ausdruck ihres Gesichtes auf die ungeheure Verwüstung hinab. An Rettungsarbeiten hatte man noch nicht gedacht, geschweige denn an ein plan- und ordnungsmäßiges, gemeinsames Vorgehen gegen den gemeinamen Feind. Nur hier und da r ar ein Einzelner damit beschäftigt, auf ein schnell aus Sägestämmen zusammengebaumertes Floß, mit dem er sich vermittelst einer Stange bis zu seinem Hause geschoben hatte, allerlei ihm werthvoll dänkenden Hausrath hinüberzuretten, wobei er häufig genug nach dem griff, was am leichtesten zu vermissen, am ehesten zu ersetzen war.

Alle erwarteten mit finsterner Ungeduld das Aufhören des Regens, das Sinken der Fluth. Die Kinder schrien und lärmten: hier und da wurde noch an den Siebelfenstern der Häuser und auf den Dächern eine verängstigt über die steigende, gebräunte Fluth hintrappende, menschliche Gestalt sichtbar, welche entweder ihr Eigenthum nicht hatte verlassen wollen oder zu spät an die Rettung gedacht hatte.

Auch mancher Kranke und Gebrechliche, der an's Siechheit gefesselt war, mochte noch in den Häusern weilen. Und unaufhörlich gelte nur die Sturmlosde über der in Gotteshaufe zusammengescherten, betenden Menge hin. Aber sie rief Keinen, sie tröstete Keinen. Wen im weiten Alpengebiet der Dolomiten hätte sie auch in den Schwandstagen dieses Verhüßes zur Rettung einer bedrohten, weissen Bergdorsgemeinschaft herbeizuführen sollen, wo überall gleicher Weise zwischen Niemand und Drau die Tausende an Leib und Leben, an Hab' und Gut bedrohter Menschenkinder voller Todesangst zum Himmel emporschnitten? Das Glockengeläut war nur wie die natürliche Begleitung für diese gewaltige Symphonie des Jammers, die das Hochgebirgssthal durchtönte.

Innocenz suchte, nachdem er Silomena in die Kirche geleitet, den Pfarrer Josef Laburner auf, um mit ihm über ein gemeinsames Vorgehen zum Schutze des bedrohten Dorfes zu beraten. Er fand ihn unthätig in seinem Hause, mit der Meidel beratend, ob man zu Mittag werde kochen können, ohne den Reib und Unwillen der Anderen zu erregen. Das cynische Lachen, mit dem er seine Worte begleitete, berührte den Eintretenden widrig. Als Josef Laburner Jannetz' Anstinnen vernommen hatte, zwote er gleichgültig die wüthigen Scquitern. „Weinetwegen. Warum nicht? Wenn die harten Köpfe dazu zu bewegen sind! Aber das wird nicht leicht sein. Ich meinestheils will meine Knochen schon zu Markte tragen. So oder so! Und wenn's zum Schlammfluten kommt, — um so besser, um so besser!“

Die letzten Worte murmerte er mit einer rauhen Verbissenheit, schlug der Meidel zum Abschied leicht auf die Wange und ging hinaus. Innocenz folgte ihm.

Die kräftigsten Männer der Gemeinde wurden nunmehr zusammengerufen, der Pfarrer sprach zu ihnen von der gemeinamen Gefahr und der Nothwendigkeit eines Zusammenstehens Aller, um sie abzuwehren, um wenigstens das zu retten, was von Menschenleben sowohl wie von beweglicher Habe noch zu retten war. Er schlug vor, große Flöße zu bauen, auf denen aller Hausrath, soweit er noch gerettet werden konnte, aufgestapelt werden sollte, vor Allen aber sämmtliche Menschen zu retten, die sich noch in den Häusern befanden, da man dort für ihr Leben nicht mehr bürgen könne, und an Lebensmitteln herbeizuschleppen, was sich nur irgend aus den Vorrathskammern noch zusammenraffen ließ, da man sich darauf gefaßt machen müsse, sich für eine Reihe von Tagen an verproviantieren, während derer man voraussichtlich von allem Verkehr abgeschnitten bleiben werde.

Josef Laburner sprach ernst, eindringlich und mit knappen, klaren befehlshaberischen Worten, die auf die um ihn in der Sakristei geschaarten Männer nicht ohne Eindruck blieben.

Dennoch blickten sie sich, ohne zugunehmen, unsicher und mit dumpf-trogigen Mienen an. Der Eine meinte endlich, wenn man alles Hab' und Gut auf einen Stapel zusammentrage, werde nachher kein Mensch mehr das Einige herausfinden, und es werde nur Rand und Streit geben, weil die Unredlichen die Gelegenheit benutzten würden, sich auf Kosten der Anderen zu bereichern, und es gäbe Unredliche genug in der Gemeinde. Andere hatten schwere Bedenken gegen die gemeiname Verköstigung Aller aus den zusammengebrachten Spvorräthen. Dann werde man diejenigen, die selber nichts mehr zu beissen hätten, also wohl burchfüttern sollen, um selbst nachher am Hungertode zu nagen; als ob man nicht durch das Hochwasser schon gerade Schaben genug erleide!

Wenn das Wasser so weiterstieg, waren bis zum Abend die Kornböden ohnedies überschwemmt. Man wollte sich nicht für etwaiges Vettelvoll vorzeitig zu Grunde richten. Uebrigens waren sie sich Alle darin einig, daß das Hochwasser nun allbald fallen werde, da bereits vierundzwanzig Stunden seit der Verköstigung verfloßen seien: länger pflege der heilige Nepomuk nicht zu zögern, und überdies habe man ja ebenwohl den heiligen Ulrich, den Schutzpatron des Thales, noch ausdrücklich um seine Beihilfe angefleht, und die Geldbuße, die in diesem vierundzwanzig Stunden der heiligen Jungfrau gemacht worden, seien kaum zu zählen. Kein Zweifel also, daß der Regen nun bald aufhören und die Fluth sinken werde. Inzwischen aber kam Jeder aufseher, und an besten fertig werde. Jeder sei gleich schwer geschädigt und bedroht und habe für den Andern weder Zeit noch Kräfte übrig.

Josef Laburner blickte Innocenz bei diesen Erörterungen mit einem halb überlegenen, halb ingrinnigen Blicke an, als ob er ihn fragen wollte: „Nun? Nun? Ich meine besser als Du, aber nicht?“

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 23. Januar 1902.

*** Massenabweisungen aus Oberschlesien.** Die wendlich auch von uns mitgetheilten Zahlen über die Ausweisungen von Ausländern im Regierungsbezirk Oppeln bleiben, wie jetzt die „Schles. Volksztg.“ mittheilt, weit hinter der Wirklichkeit zurück. Nach dem „Oeffentlichen Anzeiger“, „Beilage des Oppelner Regierungs-Amtsblattes“, sind im 3. Vierteljahr im Regierungsbezirk Oppeln 545 Landes-Verweisungen vorgekommen. Die Zusammenstellung der Landes-Verweisungen für das 1. Vierteljahr 1901 enthält 395 und für das 2. Vierteljahr 593 Nummern. Vom 1. Oktober 1899 bis zum 1. Oktober 1901 sind nicht weniger als 3458 Personen resp. Familien, meist Polen, aus dem Regierungsbezirk Oppeln ausgewiesen worden, abgesehen von den zahlreichen Ausweisungen, welche jede Woche auf Grund des § 39 oder 362 des Strafgesetzbuches (Verurtheilung von Ausländern zu Polizeiaufsicht oder Ueberweisung an die Landespolizeibehörde) erfolgen.

Der „Grund“ der Ausweisung ist allgemein „lästig gefallen“. In manchen Fällen wird aber der Grund doch noch näher angegeben. So heißt es bei Ausweisungen im Kreise Ratibor: Ausgewiesen „weil Jude“ — „weil mosaisch“ — „weil Währe“ — „wegen mährische (!) Sprache“ — „weil der polnischen Sprachen überwiegend mächtig“ — „wegen polnischer Abstammung“ — „weil überwiegend polnisch sprechend“ — „weil Währe und nur der polnischen (!) Sprache mächtig“ (!) — „weil der polnischen und slawischen (!) Sprache mächtig“ — „weil Jüdin aus Galizien“ — „wegen böhmischer Sprache“ — „weil jüdischer Religion“ — „weil nur polnisch spricht“ (!) — „wegen polnischer Sprache“.

Also lediglich Religion oder Sprache ist in all diesen Fällen Ursache der Ausweisung! Bei laienhaftem Nachdenken ist die Begründung in einzelnen Fällen auch sprachlich so mangelhaft, daß man fast annehmen muß, der Verfasser sei nicht „überwiegend deutschsprechend“. Unter den Ausgewiesenen sind beide Geschlechter, alle Stände und alle Lebensalter vertreten, vom adligen Herrn von Potocki, dem Kandidaten der Medizin bis zu den zahlreichen Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern mit ihren Frauen und Kindern. Fast gleichzeitig mit der 79-jährigen Karfoscza in Kattowitz hat Friede Stieglitz, 1/3 Jahr alt, „das Inland während der ihr gegebenen Frist freiwillig (!) verlassen“, wie es im amtlichen Blatte heißt.

Das ist ein Kulturbild aus Preußen, wie man es sich schöner nicht denken kann. Mitten im tiefsten Frieden viele Tausende, Männer und Weiber, Greise und Kinder auszuweisen, darunter viele Reichsangehörige unseres lieben österreichischen Bundesgenossen, nur weil sie nicht deutsch sprechen oder Juden sind — viel schlimmer machen's die Engländer in Südafrika mit Ausländern auch nicht.

*** Die neuen Gemeindesteuern.** Der Magistrat hat in seiner Dienstag-Sitzung seine Berathung des Stadthaushaltsetats für 1902 beendet, und beschlossen, den sich ergebenden Steuerbedarf von 10,012,000 Mark durch Erhebung von 3 % des Gemeinwerthes der Grundstücke als Grundsteuer, von 160 Proz. Gewerbesteuer und 134 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer zu decken. Im vorigen Jahre wurden 2,9 % als Grundsteuer, 150 Proz. als Gewerbesteuer und 130 Proz. der Gemeinde-Einkommensteuer erhoben.

Die Steuerzahler werden von der Aussicht, vier Proz. Einkommen- und gar zehn Proz. Gewerbesteuer mehr zahlen zu müssen, nicht begeistert sein. Am besten kommen wieder die Hausbesitzer fort, wenn auch bei der Grundsteuer eine nicht unerhebliche Steigerung eintritt.

*** Aus dem dunkelsten Niederschlesien!** Ein Fall des kraßesten Aberglaubens beschäftigte, nach der „Schlesischen Volkszeitung“, das Schöffengericht in Bunzlau. Der Stellenbesitzer B. aus Nieder-Groß-Partmannsdorf war von der Stellenbetersfrau K. des Zaubers und der Hexerei beschuldigt worden. Zunächst hatte die K. behauptet, daß sich Abends um 9 Uhr ab in der Wohnung des Klägers die Geister zum Stelldichein trafen. Um das Haus wäre entsetzliches Geheul zu hören, Erscheinungen verschiedener Art wären wahrnehmbar, und um die Person des B. herum sollte es erst gar nicht gehen sein. Durch „Sauerteig“ soll es bewerkstelligt worden sein, daß das Vieh der Frau K. so wenig Ertragnisse abwarf, und da wäre Niemand anders Schuld gewesen, als der Kläger. Der „Wann“ ist erst, wie die Stellenbetersin behauptet hat, durch das Erscheinen einer Zigeunerin gebrochen worden. Die abergläubische Frau K. ist eine empfindliche Geldstrafe verbunden mit Tragung der Kosten.

So geschehen im aufgeklärten, liberalen Niederschlesien! bemerkt dazu ganz richtig das liberale Blatt. In der That, man kann fast glauben, es handelte sich hier um einen Fall aus einer Zentrumsdomäne.

*** Trotz der Arbeitslosigkeit** wird ausländisches Menschenfleisch zu „billigen Preisen“ angeboten. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir folgendes Inserat:

Oberschlesien, Rußen, Galizier.

Männer, Mädchen, Burschen für Feld, Fabrik, Siegel u. s. w. stellt jede Anzahl unter günstigen Bedingungen

Breslau VI, Schwerstr. 9. Fernspr. 8865.

Adolf Süß, vorm. Inspektor d. Reichspost.

Stellvertreter.

Gegründet im Jahre 1876.

Da wird den Junkern das Herz im Leibe lachen! Erst das Brot vertheuern, durch Gefährdung der Handelsverträge die Industrie lahmlegen und zum Schluß die brotlosen einheimischen Arbeiter durch russische und galizische ersetzen. Das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit!“

*** Gemäßregelt** wurden heute zwei Wagenführer der neuen elektrischen Straßenbahn wegen ihrer angeblichen Zugehörigkeit zum Handels- und Transportarbeiter-Verbande. Dieselben wurden als Heizer und Aufwiegler bezeichnet. Der Verbandsvorstand ist in der Angelegenheit sofort bei der Direktion vorstellig geworden und wir werden das Ergebnis seiner Bemühungen unseren Lesern morgen mittheilen. Nur einer der Entlassenen gehört dem Verbande an.

*** Sozialdemokratischer Verein.** Wie schon gemeldet, findet die Generalversammlung des Vereins Dienstag Abend Punkt 1/2 9 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Montag fällt die Versammlung aus, auch findet kein Kassen- und Bibliothekabend statt. Die Kasse ist jedoch Dienstag Abend von 7/8—1/2 9 Uhr geöffnet. — Die Generalversammlung ist die wichtigste Versammlung des Vereins im ganzen Jahre und verdient deshalb rege Theilnahme.

*** An die Maschinisten und Heizer in Breslau und der Umgegend!** Am kommenden Sonntag, den 26. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung aller Angehörigen dieser Berufe im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Die Arbeiter in Fabriken werden ersucht, Heizer und Maschinisten auf diese Versammlung, in welcher der Hauptvorsitzende des Verbandes, Kollege Kirschnit, spricht, hinzuweisen.

*** Folgende Berichtigung** erhalten wir unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes zum Abdruck:

Die in Nummer 15 Ihrer Zeitung in einem Artikel mit der Ueberschrift „Die Rechte der Medaille“ in Beziehung auf meine Firma behaupteter Thatsachen sind unwahr. 1. Es ist unwahr, daß von mir an meine Arbeiterinnen „jämmerliche“ Löhne gezahlt werden. Ich zahle nicht die von Ihnen behaupteten Sätze von 1 Mk. bis 1.40 Mk., sondern, wie ich durch meine Lohnbücher nachweisen kann, an geübte Arbeiterinnen 2.50 Mk. bis 4 Mk. pro Tag und an Hilfsarbeiterinnen 1.20 Mk. bis 2.20 Mk. pro Tag. Nur der fünfzehnte Theil meiner Arbeiterinnen erhält den Minimallohn von 1.20 Mk. pro Tag, die Hälfte meiner Arbeiterinnen erhält 2 bis 4 Mk. Auch Lehrlinge, welche anderwärts nicht nur keine Vergütung erhalten, sondern noch Lehrgeld zahlen müssen, erhalten bei mir Lohn. 2. Es ist unwahr, daß meine Arbeiterinnen in der Stillen Zeit nicht beschäftigt werden und nichts verdienen. Ich beschäftige alle meine brauchbaren Arbeiterinnen das ganze Jahr hindurch. Bei Beendigung sind bisher immer nur solche Arbeiterinnen entlassen worden, welche sich durchaus nicht bewährt hatten. Es handelt sich dabei immer nur um höchstens 3 bis 4 Arbeiterinnen. 3. Es ist unwahr, daß meinen Arbeiterinnen die Tischnetze von einer Stunde irgendwem geschmälert wird. Im Gegenteil genießen meine Arbeiterinnen eine Mindestlohnzeit von 1 1/2 Stunden Einige bleiben sogar 2 Stunden fort, ohne daß dies gerügt oder ihnen ein Lohnabzug gemacht wird. 4. Es ist unwahr, daß ich meine Arbeiterinnen länger arbeiten lasse als es gesetzlich gestattet ist. Die von Ihnen erwähnte Bestimmung der Gewerbeordnung findet auf meinen Geschäftsbetrieb keine Anwendung, weil derselbe kein fabrikmäßiger ist.

Breslau, den 21. Januar 1902.

Sugo Cohn.

Wir müssen es nunmehr unserem Berichterstatter überlassen, diesem kategorischen Dementi des Herrn Cohn seine Beweise entgegenzusetzen. Wir haben mit der Veröffentlichung jener Zuschrift selbstverständlich nicht Herrn Cohn schädigen, sondern den Interessen der bei ihm beschäftigten Arbeiterinnen dienen wollen.

*** Erholungsstätten für franke Arbeiter.** Die Kommission zur Vorbereitung des Projektes, in der Nähe von Breslau Erholungsstätten für franke Arbeiter zu errichten, der Stadtrat Ward, die Regierungsröthe Spangenberg und Schulz-Edler, Stadtarzt Dr. Debbake, Professor Dr. Stern, Dr. Kayler, Rechtsanwalter Dr. Honigmann, Stadtordeener Jünger und Bildhauermeister Andres angehören, hielt gestern Nachmittag 5 Uhr ihre erste Sitzung ab. Man beschloß, an die Zentralkommission der deutschen Vereine vom Nothen Kreuz, an den Frauen-Verein für die Provinz Schlesien, an die hiesige Invaliden-Versicherungs-Anstalt und an die Breslauer Eisenbahn-Direktion die Anfrage zu richten, wie weit sie zur Verrichtung der Erholungsstätten bereit wären.

*** Opfer der Arbeit.** Man schreibt uns: Am Sonnabend, den 18. d. Mts. verunglückte bei Ausübung seines Berufes der Fabrikarbeiter Sarembo, indem er in der Deltabrik von E. Kofschinsky u. Co. auf der Schießwerderstraße aus beträchtlicher Höhe von einer Leiter abstürzte. Die dabei erlittenen schweren Verletzungen führten gestern seinen Tod herbei. Sarembo war allgemein als ein achtbarer, braver Mann bekannt und obwohl sein Pflichtgefühl die Ursache seines so schweren Unglücks und Todes wurde, wird die Schuhmachergesellschaft Freitag Nachmittag 3 Uhr bei Gelegenheit der Beerdigung keine 40,000 Menschen abzuhören haben, da bisher nicht eine der vielen Breslauer Zeitungen dieses Vorfalls gedacht hat.

*** Ein Unfälle.** Ueber einen nichtswürdigen Eisenbahnunfall wird der „Täg. Rundschau“ aus Zauer berichtet: Bei Station Bohrau-Seifersdorf versuchten verbrecherische Hände den Personenzug nach Zauer dadurch zur Entgleisung zu bringen, daß sie große Steine über die Schienen legten und das Warnungssignal verstellten. Glücklicherweise konnte der Zug rechtzeitig zum Stehen gebracht werden.

*** Zum Mord in Jaborze.** In der Mordaffäre des Maschinenwärters Wislup fand gestern durch eine Gerichtskommission an dem Tatorte ein Lokaltermin statt. Die beiden Mörder wurden in Gefängnisleitung geschlossen vorgeführt, was eine große Menge Schaufulliger herbeiloderte. Die beiden Mörder trugen die größte Gleichgültigkeit zur Schau; keiner von ihnen zeigte auch nur einen Schimmer von Reue. Gestern Vormittag wurde die Wohnung des Ermordeten sowie der Hausflur, der eigentliche Thetort, durch den ersten Staatsanwalt aus Gleiwitz, im Beisein des Amtsvorsehers, besichtigt. Nach der am Sonnabend vorgenommenen Obduktion des Ermordeten wurde die Leiche deselben am Montag beerdigt und dessen Kleidungsstücke gerichtlicherseits beschlagnahmt.

Unter der dortigen Bevölkerung herrscht die Meinung, daß der Mord hätte verhindert werden können, wenn nicht der dem Bezirk unterstellte Polizist hätte so lange auf sich warten lassen. Während des ganzen Streites, der längere Zeit dauerte, hatte sich keiner der Polizisten blicken lassen, obgleich in Jaborze zwölf derselben angestellt sind. Erst nach geschehener Mordthat kam einer herbei, den man erst hatte aufsuchen müssen.

*** Städtischer Arbeits-Nachweis.** Frequenz in der Woche vom 12. Januar bis 18. Januar: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 154. Zu besetzende Stellen 49. Befetzte Stellen 44. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 112. Zu besetzende Stellen 113. Befetzte Stellen 96.

*** Schwere Unglücksfälle.** Der Kleine Dreilindengasse wohnende Arbeiter Sarembo wollte am 18. d. M. in einer Fabrik

auf der Schießwerderstraße an einer Mauer in Höhe von etwa 6 Metern eine Reparatur ausführen und stand auf diesem Zwecke auf zwei Leitern, die er zusammengebaute hatte. Er stürzte indes herab und zog sich einen Bruch des rechten Armes und eine Verletzung am Kopfe zu, sodas er in das Allerheiligen-Hospital gebracht werden mußte, wo er gestorben ist. — In der Nacht zum 19. d. M. kam ein Arbeiter von der Hubentrage zu Fall und verletzte sich am Kopfe. Er mußte im Wenzel Handfischen Krankenhaus untergebracht werden, wo er am 20. d. Mts. gestorben ist. — Am 21. d. Mts. Abends lief auf der Schubbrücke ein Armenhausgenosse in betrunkenem Zustande an einen Motorwagen an und wurde zur Seite geschleudert, sodas er bedeutungslos liegen blieb. Er wurde in das Armenhaus geschafft. — An demselben Tage riß auf der Gräblichstraße ein Telegraphenbock mit seinem Fahrrad eine Frau, welche Mittagessen trug, um. Die Frau erlitt eine Verletzung über dem linken Auge.

*** Fahrlässige Körperverletzung.** Eine unangenehme Ueberraschung wurde eines Tages einem Dienstmädchen zu Theil, das ein Haus auf der Neuen Taschenstraße zu betreten im Begriff war. In diesem Augenblick fiel nämlich ein großes Stück Putz von oben herunter und dem Mädchen gerade auf den Kopf. Der Zimmermann Gustav Keller war damit beschäftigt, die Vorrichtungen zur Aufstellung eines Geräthes an dem Hause zu treffen. Aus einem Fenster im fünften Stockwerk wurde zu diesem Zweck ein Balken herausgehoben. Dabei hatte sich das Stück Putz losgelöst und das Unheil angerichtet. Glücklicherweise trug das Mädchen keine ernstlichen Verletzungen am Kopfe davon. Für den Zimmermann aber hatte der Vorfall eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zur Folge, die ihn gestern vor die erste Strafkammer führte, weil er unten keine Halbröhren gesetzt hatte. Vor Gericht machte er zu seiner Entschuldigung geltend, daß er unten am Hause einen Mann postirt habe, der die Passanten auf die Gefahr aufmerksam machen sollte; indeß hatte der Posten sein Amt nicht pflichtmäßig versehen. Jedenfalls war das Mädchen nicht von ihm gewartet worden. Das Gericht erachtete eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für erwiesen und verurtheilte ihn zu 20 Mark Geldstrafe.

*** Ein unbekannter Selbstmord.** Am 20. d. M. schoß sich neben einem Grabe auf dem jüdischen Friedhofe ein etwa 16 Jahre alter Jüngling mit einem Revolver in den Kopf und verletzte sich schwer. Der Lebensmüde wurde im Wenzel Handfischen Krankenhaus untergebracht. Er hatte eine Visitenkarte auf dem Namen Max Krawak bei sich, jedoch konnten Angehörige noch nicht ermittelt werden. Zweckdienliche Angaben sind im Zimmer 61 des Polizeipräsidiums zu machen.

*** Vermißt** wird seit dem 18. d. M. das 13 Jahre alte Dienstmädchen Elviede Petroll, welches bei einer Familie auf der Baulstraße 21 in Stellung war. Seit dem 19. d. M. wird die Arbeiterin Ida Mula, welche Kohnhase in gewohnt hat, vermißt. Sie ist 26 Jahre alt und war mit braunem Kopf, dunkelbrauner Jacke, bunter Schürze, rothem Kopftuch und Lederhandschuhen bekleidet.

*** Feuer.** Am 21. d. M. hatte eine Frau in ihrer Wohnung Welferbergstraße 7 zwei Koffelstücken und ein Deckbett auf den geheizten Ofen gelegt, sodas dieselben Feuer fingen. — Abends ging in einer Wohnung Moltkestraße 10 eine Gardine in Flammen auf. — Im Keller des Herrenartikel-Geschäfts von Lewandowski auf dem Fingerringen Mittwoch Abend eine Menge Wappier-Abfälle in Brand. In allen Fällen gelang es, jede weitere Gefahr vor Anbruch der Feuerwehr zu beseitigen.

*** Ein Geirathschwindler.** Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei der 34 Jahre alte aus Hamburg gebürtige Kaufmann Johann Großmann. Derselbe hielt sich hier auf Grund von anderen Personen entnommener Papiere, speziell aber unter dem Namen Charles Brümning auf, wohnte Vorwerkstraße 8 und hat mit verschiedenen weiblichen Personen Beziehungen angeknüpft, denselben auch die Heirat versprochen, die Personen aber dann schließlich um ganz erhebliche Geldbeträge gebracht. Auch hat er Waaren und Bücher auf Kredit entnommen, dieselben aber bald veräußert, ferner Wechsel mit dem signierten Namen Brümning acceptirt. Andererseits verschaffte er sich reellen Verdienst durch Ertheilen von Stunden in fremden Sprachen. Personen, die von dem Genannten geschädigt worden und noch nicht Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich im Zimmer 39 des Polizeipräsidiums zu melden.

*** Rubner.** Sr. Striegau, 18. Januar. Protestversammlung gegen den Politariffenwurf. Die hier am vorigen Sonntag in Dubiel's Lokal abgehaltene öffentliche Volksversammlung, die sehr zahlreich, auch von Stellenbesten und Landarbeitern besucht war, gestaltete sich zu einer imposanten Protestversammlung gegen die geplante Zollhöhung. Referent war Genosse Feldmann-Langensielan. Der Herr Amtsvorsteher war in eigener Person erschienen, neben ihm hatte der Herr Pfarrer Platz genommen. Letzterer war gewiß erschienen, um Rubner nicht zu einer Domäne der Sozialdemokratie werden zu lassen. Daß die Versammlung bei solch hohem Besuch versprochen interessant zu werden, war Jedem klar, aber es kam noch besser, als man erwartet hatte, denn nachdem das Bureau gewählt war, sprach der Herr Amtsvorsteher aus, um als gründlicher Kenner (?) des Vereinsgesetzes die Enttarnung der Frauen aus dem Vereinsgesetz die Frauen nicht von der Theilnahme an öffentlichen Volksversammlungen ausgeschlossen seien, erklärte er, sich auf nichts einzulassen und drohte mit der Anklage, wenn seinem Befehl nicht nachgegeben werde. Um die Versammlung nicht vertreiben zu lassen, denn auf dieses war es wohl abgesehen, fügte man sich, und die Frauen verließen murrend den Saal. Nachdem noch einem Wünsche des Amtsvorstehers, die Thüren zu schließen, nachgegeben war, konnte der Vortrag beginnen. Genosse Feldmann beschäftigte sich zunächst mit dem Reichstagsabgeordneten des Kreises, Freiherrn v. Richthofen, und zählte alle seine arbeiterfreundlichen Thaten auf, die er im Reichstage begangen hat, u. A. sein Eintreten für die Fuchthausvorläufe und die Geirathsbötte, seine Gegnerschaft zur Festsetzung einer Mindestrente für Unfallverletzte u. s. w. Hatten die Anwesenden alles mit musterhafter Ruhe angehört, so war es mit der Ruhe vorbei, als ihnen vom Referenten gesagt wurde, daß Freiherr v. Richthofen auch für Einführung der Prügelfrafe zu haben sei. Ein Sturm der Entrüstung ging durch den Saal, und Mancher mag dabei an die Stunde zurückgedacht haben, wo er aus Unkenntnis oder dem Zwange gehorchend diesem Manne seine Stimme gab. Hierauf ging der Referent zum Poltariff über, um die am meisten interessirenden Paragraphen einer geraden Betrachtung zu unterziehen. Er verstand es, die anwesenden Kleinbauern und Landarbeiter davon zu überzeugen, daß von der Erhöhung der Bölle auf Lebensmittel nur die Großgrundbesitzer einen Nutzen hätten, alle übrigen aber mehr oder weniger geschädigt würden. Entwürfen der Heilung lobte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion nahm der Herr Pfarrer das Wort und erklärte zunächst, er sei gerade nicht hergekommen, um für die Agitation zu sprechen, aber ein mächtig erhöhter Getreidezoll müsse der Landwirtschaft gegeben werden, weil die kleinen Landwirthe die Produktionskosten nicht mehr herauszuschlagen könnten. Er sei aus kleinbäuerlichen Kreisen und wisse, wo die der Schuld drückt. Auch die altbekanntesten und so oft wiederholten Mähdägen vom Theilen, von Vernichtung der Religion und Sittlichkeit mußten die Anwesenden über sich ergehen lassen. Schließlich verlangte der Herr Pfarrer, man solle einmal abstimmen, wer aus Rubner sei und wer aus der Umgegend, damit nicht das Dorf „Rubner“ als eine Domäne der Sozialdemokratie bezeichnet werden könnte. Genosse Feldmann fertigte den frommen Geistesgenossen gründlich ab. Dem Herrn Pfarrer aber wurde auch der Willen gethan und durch Hände-zubringen festgesetzt, daß reichlich Dreiviertel der Anwesenden aus Rubner waren. Als der Pfarrer zum zweiten Male das Wort ergriff, um die Ausführungen des Referenten zu widerlegen, fielen einige Zwischenrufe aus der Versammlung. Letzteres wollte der Amtsvorsteher nicht dulden, denn er sprach auf und rief: „Wenn noch ein Zwischenruf fällt, löse ich die Versammlung auf.“ Es war schwer festzustellen, wer eigentlich den Vorsitz in der Versammlung innehatte, der Genosse Bänck oder der Amtsvorsteher, ebenso war es schwer festzustellen, wie lange Letzterer das Vereinsgesetz redirt hat. Nachdem der Herr Pfarrer vom Genossen Feldmann eine ganze Lection erhalten hatte, wurde über die vorgesehene Pausenzeit abgestimmt und noch da, ganz auf einmal, wurde die Versammlung

